



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

es darf nicht sein, dass rund 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Europäischen Union durch Schwarzarbeit erwirtschaftet werden. Wer Lohn- und Sozialdumping effektiv bekämpfen will, braucht schärfere Kontrollen sowie ein einheitliches Vorgehen bei Sanktionen. Davon ist in der neuesten Mitteilung der EU-Kommission aber nichts zu finden. Lediglich von Appellen an die EU-Mitgliedstaaten und einer engeren Kooperation der Aufsichtsbehörden ist die Rede. Das reicht aber nicht. Eine Generalhaftung von Unternehmen auch bei der Auftragsvergabe an Subunternehmen ist nötig, um die Schwarzarbeit in Europa einzudämmen. Mit einem solchen Vorschlag hätte die EU-Kommission sich klar zum sozialen Europa bekannt. Wir werden sie deshalb weiterhin in die Pflicht nehmen. Schätzungen zur Folge könnten allein in Deutschland rund eine Million neue Stellen entstehen, würde die Schwarzarbeit wirkungsvoller bekämpft. Das käme auch den Sozialkassen zu Gute.

Mit besten Grüßen

Neuer Schwung für Europa

Vor sieben Jahren beschloss die Europäische Union, sich eine Verfassung zu geben. Sie sollte die Arbeit der Gemeinschaft effektiver machen. Mehr Demokratie und Transparenz wurden gefordert. Nach vielen Rückschlägen heißt die Verfassung nun nicht mehr Verfassung, sondern 'Vertrag von Lissabon'. Dennoch ist der neue Vertrag ein wichtiger, richtiger und notwendiger Schritt hin zu mehr Bürgernähe und Handlungsfähigkeit.

Das Europäische Parlament, als einzige direkt gewählte Institution der EU, soll in Zukunft in fast allen Bereichen gleichberechtigt zum EU-Ministerrat (Staatenkammer) entscheiden. Die Volksvertretung wählt dann auch den Präsidenten der EU-Kommission. Eine weitere Errungenschaft ist die Grundrechtecharta. Sie spricht den Bürgern der Europäischen Union unveräußerliche Grundrechte zu, die eine breite Basis für politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe sichern sollen. Die zukünftige Gesetzgebung aber auch die politische Praxis wird an diesen Grundrechten gemessen werden.

Ein Wehrmutstropfen bleibt. Die Charta soll nicht für die Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien gelten. Sie werden durch das Veto ihrer Regierung zu Unionsbürgern zweiter Klasse degradiert. Darüber hinaus ist es bedauerlich, dass sich die Symbole und Hymne der EU auf Druck einiger Mitgliedstaaten nicht mehr im Vertrag wieder finden.

Alles in allem weist der 'Vertrag von Lissabon' in die richtige Richtung. Deshalb müssen wir jetzt dafür sorgen, dass er nicht das gleiche Schicksal erleidet wie der erste Anlauf. Er muss vor der Europawahl 2009 in Kraft treten, um der Europäischen Union neuen Schwung zu verleihen.

Obst und Gemüse ohne Gift

Das Europäische Parlament hat sich in erster Lesung für ein Verbot von gefährlichen Pflanzenschutzmitteln ausgesprochen. Pestizide die Krebs erregen, die Fruchtbarkeit stören oder das Erbgut verändern sollen aus dem Verkehr gezogen werden. Darüber hinaus sind Pufferzonen um Parks, Schulen, Flüsse und Seen vorgesehen, in denen der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verboten ist.

In der Vergangenheit wurden immer wieder Pestizidkonzentrationen im Grundwasser oder in Lebensmitteln gemessen, die weit über den Grenzwerten lagen. Ein Pestizid-Pass soll deshalb für eine bessere Information der Verbraucher sorgen. Er gibt den Kunden beim Kauf eines Produktes einen Überblick über die eingesetzten Pflanzenschutzmittel.

Der Beschluss stärkt den Gesundheits- und Verbraucherschutz; gleichzeitig ist er aber auch ein Versuch, die Interessen der Landwirte und der Beschäftigten in der Chemieindustrie zu berücksichtigen. Ob aus dem Entwurf am Ende tatsächlich ein Gesetz wird, muss sich aber erst noch zeigen. Zunächst hat nun der EU-Ministerrat das Wort.

Fit für Europa?

Unter allen richtigen Antworten zu der folgenden Frage die uns per E-Mail **bis Ende der nächsten Woche** erreichen, verlosen wir eine LED-Lampe.

Frage: Wann wird das Europäische Parlament neu gewählt?

- a) 2008 b) 2009 c) 2010

Der Gewinner vom letzten Mal ist **Bernd Kutzner** aus **Kelkheim**. Die 'Europe Direct Hotline' ist ein gebührenfreier Informationsservice der Europäischen Kommission (Telefonnummer: **00800 6 7 8 9 10 11**).

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de